Dr. Winfried R. Garscha*

Genocide – ludobójstwo – Völkermord Überlegungen zur Terminologie

Seit September 1964 steht auf dem höchsten Punkt der Gedenkstätte auf dem Areal des ehemaligen deutschen Konzentrationslagers in Płaszów bei Krakau das nach einem Entwurf des Krakauer Architekten Witold Cęckiewicz von den beiden Bildhauern Ryszard Szczępczyński und Józef Potępa geschaffene monumentale „Denkmal der herausgerissenen Herzen“ („pomnik rozdartych serc“). Die Vorderseite zeigt eine von der Last eines großen Steins niedergedrückte Figurengruppe, die für die fünf Herkunftsländer der Opfer dieses Konzentrationslagers steht, mit einem Riss quer durch ihre Oberkörper. Auf der glatten Rückseite des Monuments wird in großen Lettern der von den Nationalsozialisten in den Jahren 1943–1945 hier ermordeten Menschen gedacht: „Zu Ehren der durch die Hitlerschen Völkermörder ermordeten Märtyrer in den Jahren 1943–1945“ („W hołdzie męczennikom pomordowanym przez hitlerowskich ludobójców w latach 1943–1945“). Dass ein Täter des NS-Genozids „Völkermörder“ („ludobójca“) bezeichnet wird, klingt für nicht-polnische Ohren ungewöhnlich. Die erste Popularisierung dieses Begriffs erfolgte aber gerade am Beispiel des Kommandanten des KZ Plaszow¹. Das 1947 von der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission publizierte Hauptverhandlungsprotokoll des Krakauer Prozesses gegen Amon Göth trug die Bezeichnung des „Völkermörders“ im Titel: „Proces ludobójcy Amona Leopolda Goetha przed Najwyższym Trybunałem Narodowym“².

127

* Emeritierter Historiker, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Ko-Leiter der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

¹ In diesem Beitrag werden für die deutschen Haftstätten auf polnischem Gebiet die von den Nationalsozialisten gebrauchten Bezeichnungen verwendet, also „Plaszow“ statt Płaszów, „Kulmhof“ statt Chełmno nad Nerem, „Litzmannstadt“ statt Łódź etc.

² *Proces ludobójcy Amona Leopolda Goetha przed Najwyższym Trybunałem Narodowym* [Prozess gegen den Völkermörder Amon Leopold Göth vor dem Obersten Volkstribunal],

Es ist nicht Aufgabe dieses Beitrags, die Entstehung des Begriffs „Genozid“ nachzuzeichnen. Die zunächst tastenden Versuche Rafał (Raphael) Lemkins, das Verbrechen zu benennen – von „Akten der Barbarei und des Vandalismus“ ab 1933³ bis zu seiner 1942/1943 gefundenen Definition des Genozids, die er erstmals 1944, in seinem Buch über die Herrschaftsform in dem vom nationalsozialistischen Deutschland und vom faschistischen Italien besetzten Europa publizierte⁴ – sind hinreichend dokumentiert⁵. Vielmehr soll zunächst die Frage untersucht werden, in welcher Weise der ursprünglich nur mit einem griechisch-lateinischen Kunstwort bezeichnete Begriff in mehreren Sprachen (darunter im Polnischen und im Deutschen⁶) „heimisch“ gemacht wurde. Abschließend soll am Beispiel des ersten „Völkermordprozesses“ – des Verfahrens gegen Amon Göth in Krakau – dargestellt werden, wie es polnischen Juristen gelang, den Begriff des Genozids, der beim Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg noch eine von der Öffentlichkeit kaum beachtete Nebenrolle gespielt hatte, in seiner polnischen Variante, nämlich „ludobójstwo“, zu einem integralen Bestandteil des politischen Diskurses in ihrem Land zu machen.

Hrsg. Centralna Żydowska Komisja Historyczna przy Centralnym Komitecie Żydów w Polsce, „Wydawnictwa Centralnej Żydowskiej Komisji Historycznej w Polsce“, Bd. 35, Kraków–Łódź–Warszawa 1947.

³ R. Lemkin, *Les actes constituant un danger général (interétatique) considérés comme délits de droit des gens*, [in:] L. Jiménez de Asúa, V. Pella, M. López-Rey Arrojo (Hrsg.), *Actes de la cinquième conférence pour l'unification du droit pénal, Madrid, 14–20 octobre 1933*, „Librairie de la Cour d'Appel et de l'Ordre des Avocats“, Paris 1935, S. 48–56; R. Lemkin, *Akte der Barbarei und des Vandalismus als delicta juris gentium*, „Internationales Anwaltsblatt“ 1933, Heft 6, S. 117–119. Beide Aufsätze sind im Internet-Archiv „WayBackMachine“ abrufbar: <https://web.archive.org/web/20181112035120/http://www.preventgenocide.org/fr/lemkin/madrid1933.htm> (letzter Zugriff: 29.12.2019) bzw; <https://web.archive.org/web/20181110203259/http://www.preventgenocide.org/de/lemkin/anwaltsblatt1933.htm> (letzter Zugriff: 29.12.2019).

⁴ R. Lemkin, *Axis Rule in Occupied Europe. Laws of Occupation – Analysis of Government – Proposals for Redress*, Washington 1944, S. 79–95.

⁵ Vgl. beispielsweise W.A. Schabas, *Genozid im Völkerrecht*, Hamburg 2003, S. 43–49. Der Autor selbst hat dazu u.a. in der Festschrift für Hans Hautmann publiziert: W.R. Garscha, *Massenmord – Völkermord – „Rassenmord“*. *Die Normalität von Staatsverbrechen und die Besonderheit der Shoah*, [in:] C. Kuretsidis-Haider, M. Mugrauer (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert*, Innsbruck–Wien–Bozen 2013, S. 153–168. Am ausführlichsten zur Entstehung von Lemkins Buch zuletzt: R. Scheck, *Raphaël Lemkin's Derivation of Genocide from His Analysis of Nazi-Occupied Europe*, „Genocide Studies and Prevention: An International Journal“ 2019, Heft 1, S. 113–129.

⁶ Vgl. W.R. Garscha, *Wie der „Völkermord“ in die deutsche Sprache kam*, „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ 2013, Heft 4, S. 16–19. Der vorliegende Beitrag beruht teilweise auf diesem Aufsatz.

Die Notwendigkeit einer Übersetzung des von Lemkin 1944 geprägten griechisch-lateinischen Begriffs entstand unabhängig von den Debatten innerhalb der Vereinten Nationen, die bekanntlich zur „Genocide Convention“ von 1948 führten. Eine erste Resolution über „The Crime of Genocide“ hatte die Generalversammlung schon am 11. Dezember 1946 beschlossen⁷, am 9. Dezember 1948 verabschiedete die UNO-Generalversammlung die „Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide / Convention pour la prévention et la répression du crime du génocide“⁸, die 1951, nach ihrem Inkrafttreten, als Nr. 1021 im Band 78 der Verträge-Sammlung („Treaty Series“) der UNO publiziert wurde⁹. Da die beiden Arbeitssprachen der Vereinten Nationen, in denen Konventionen, Resolutionen und Deklarationen amtlich kundgemacht werden, das Englische und das Französische waren (und sind), stellte sich weder in diesem Diskussionsprozess noch bei der Publikation der Völkermordkonvention selbst die Frage der Übersetzung in andere Sprachen, da seit dem Erscheinen von Lemkins „Axis Rule in Occupied Europe“ stets mit dem von ihm geprägten englischen Begriff „genocide“ und dessen französischen Version („génocide“) operiert worden war. Hingegen musste sich das Übersetzungsbüro des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg damit beschäftigen, wie „genocide“ bzw. „génocide“ in die beiden anderen Verhandlungssprachen des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, nämlich Russisch und Deutsch, übersetzt werden konnte.

„Genocide“ war kein Anklagepunkt in Nürnberg (das waren „conspiracy“, „crimes against peace“, „war crimes“ und „crimes against humanity“), schließlich hatte zum Zeitpunkt der Erstellung der Anklageschrift die Meinungsbildung über die Kodifizierung dieses Verbrechens innerhalb der Vereinten Nationen gerade erst begonnen. Dennoch scheint der Begriff in der Anklageschrift auf, und zwar als Spezifizierung des Anklagepunkts „Kriegsverbrechen“ – in der Aufzählung der Methoden zur „Ermordung und Mißhandlung der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten und auf hoher See“. Am Ende eines Absatzes, der als solche Methoden

⁷ Resolution 96 (I), [in:] United Nations (Hrsg.), Resolutions Adopted by the General Assembly during its First Session, Fifty Fifth Plenary Meeting, London–New York 1946, S. 188.

⁸ Resolution 260 (III) A, [in:] United Nations (Hrsg.), Official Records of the General Assembly, Third Session, part I: 21 September – 12 December 1948, Resolutions, Doc. A/810, Paris 1948, S. 174.

⁹ Treaty Series. Treaties and international agreements registered or filed and recorded with the secretariat of the United Nations. Bd. 78, Hrsg. United Nations, New York 1951, S. 277.

„Erschießen, Erhängen, Vergasen, Aushungern, übermäßige Zusammenpferchung, systematische Unterernährung, systematische Aufbürdung von Arbeit über die Kraft derer, die sie auszuführen hatten, unzureichende ärztliche Betreuung und Hygiene“ nannte und dann einen ganzen Katalog der von den nationalsozialistischen Besatzern angewandten Foltermethoden auflistete, wurde all das mit dem Terminus „Genozid“ zusammengefasst und dieser Begriff selbst dann noch einmal mit einem „viz“ („nämlich“) erläutert: „deliberate and systematic genocide, viz, the extermination of racial and national groups“¹⁰.

Zwar wurden die Druckfassung des Hauptverhandlungsprotokolls und die Prozessdokumente nur in Englisch, Französisch und Deutsch veröffentlicht – als 42-bändige „blaue Serie“ – aber für den internen Gebrauch mussten natürlich auch russische Übersetzungen angefertigt werden. Auf deren Grundlage hat das russische Internet-Portal „Full Historia / Подробно о Истории“ [podobno o istorii] („Geschichte im Detail“) seit Februar 2017 zentrale Texte des IMT-Protokolls auch auf Russisch öffentlich zugänglich gemacht¹¹. Die russische Version der Anklageschrift operierte mit dem Begriff „истребление народов“ [istreblenie narodov] („Vernichtung von Völkern“) bzw., in der Erläuterung, mit „массовое истребление людей“ [massovoe istreblenie ljudej] („massenhafte Vernichtung von Menschen“)¹².

Die deutschen Übersetzer zogen zunächst den Terminus „Massenmord“ vor und übersetzten „extermination“ nicht mit „Vernichtung“, sondern mit „Ausrottung“: Die Angeklagten verübten, so die Anklageschrift, „vorsätzlichen und systematischen Massenmord, d.h. sie rotteten Gruppen einer bestimmten Rasse oder Nationalität [...] aus“¹³. Offenbar gab es aber Diskussionen unter den für die deutsche Übersetzung Verantwortlichen über den Begriff „Massenmord“, der im damaligen Sprachgebrauch eher für die Tötung mehrerer Dutzend Personen, beispielsweise bei einem terroristischen Anschlag, stand und daher den von den Anklägern

¹⁰ *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal. Nuremberg 14 November 1945 – 1 October 1946*, vol. I, Nuremberg 1947–1949, S. 43.

¹¹ Übersicht: <http://www.fullhistoria.ru/istoria-826.html> (letzter Zugriff: 29.12.2019).

¹² Im Wortlaut: „умышленное и систематическое истребление народов, т.е. массовое истребление людей, принадлежащих к определенным расам и национальным группам“ [умышленное i sistematičeskoe istreblenie narodov, t.e. massovoe istreblenie ljudej prinadležaščich k opredeljonnym rasam i nacional'ny'm gruppam] („vorsätzliche und systematische Völkervernichtung, d.h. massenhafte Vernichtung von Menschen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Rassen oder nationalen Gruppen“), <http://www.fullhistoria.ru/istorias-833-1.html> (letzter Zugriff: 29.12.2019).

¹³ *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg. 14. November 1945 – 1. Oktober 1946*, Bd. I, Nürnberg 1947–1949, S. 47.

gemeinten millionenfachen Mord nur ungenügend bestimmte. Bereits im zweiten Band der „blauen Serie“ entschied sich das deutsche Übersetzerteam daher für das bis dahin im Deutschen nicht bekannte Wort „Völkermord“ – und zwar bei der Übersetzung der Erläuterung des Anklagepunkts „Kriegsverbrechen“ durch den Hilfsankläger für die Sowjetunion, Oberstleutnant J.A. Ozol, am 20. November 1945. Möglicherweise deshalb, weil Ozol in seiner Stellungnahme höchstwahrscheinlich nicht den neuen griechisch-lateinischen Terminus verwendete – dieser wurde erst später der einzige im Russischen gebräuchliche Begriff (геноцид [genocid]). Es ist anzunehmen, dass Ozol die oben genannte Wortkombination „истребление народов“ [istreblenie narodov] aus der Anklageschrift verwendete. Diesmal übersetzte das Nürnberger Übersetzungsbüro denselben Sachverhalt ins Deutsche mit:

Sie verübten vorsätzlichen und systematischen Völkermord, d.h. die Ausrottung von Gruppen einer bestimmten Rasse oder Nationalität unter der Zivilbevölkerung gewisser besetzter Gebiete, um bestimmte Rassen, Volksklassen und nationale, rassische oder religiöse Gruppen, insbesondere Juden, Polen, Zigeuner usw. zu vernichten¹⁴.

Das in der Anklage (aber nicht mehr im Urteil) erwähnte Verbrechen „Genozid“ blieb während der Verhandlungen des Internationalen Militärtribunals monatelang ungenannt. Erst am 27. Juli 1946 kam der britischer Chefankläger Hartley Shawcross darauf zurück. Seitens des deutschen Übersetzerteams hatte man offenbar den im November 1945 erstmals verwendeten Terminus „Völkermord“ noch parat. Die deutsche Übersetzung der Erläuterung des Genozids durch Lord Shawcross lautete:

Der Völkermord beschränkte sich nicht auf die Ausrottung des jüdischen Volkes oder der Zigeuner [...] Die Methoden folgten alle einem ähnlichen Muster: Zuerst ein vorsätzliches Programm des Mordes, der völligen Vernichtung. Dies war die bei der polnischen Intelligenz, bei den Zigeunern und bei den Juden angewandte Methode. Das Umbringen von Millionen, selbst mit Hilfe der Gaskammern und der Massenerschießungen war keine leichte Sache.

Daher hätten die Angeklagten auch die „Vernichtungstaktik“ des Verhungernlassens angewandt, für die ab 1941 Alfred Rosenberg, „der große Baumeister an dieser Politik des Völkermordes“, stand, sowie „biologische Methoden zum Völkermord“ durch administrative Maßnahmen, die zur künstlichen Verminderung der Geburtenziffern bei der unterworfenen Bevölkerung der besetzten Gebiete führen mussten¹⁵.

¹⁴ A.a.O., Bd. II, S. 74.

¹⁵ A.a.O., Bd. XIX, S. 556–557.

Am 30. Juli 1946 verwendete der sowjetische Chefankläger, Roman Andrejewitsch Rudenko, den Begriff des Völkermords, als er argumentierte, jene Angeklagten, die sich nunmehr von Hitler distanzieren, würden Hitler nicht die Entfesselung des Krieges, „den Völkermord und die Ausplünderung anderer Länder“ vorwerfen; das einzige, was sie ihm nicht verzeihen könnten, sei, dass er den Krieg verloren hat¹⁶. Einen Monat später, am 30. August 1946, begründete Generalstaatsanwalt Rudenko in seinem Schlussplädoyer, warum einzelne Organisationen als „verbrecherisch“ zu verurteilen seien – darunter die SS: „Es waren gerade die SS-Leute, die die Pläne Hitlers und seiner Clique für den Völkermord praktisch durchführen sollten“¹⁷.

Es kann davon ausgegangen werden, dass mit diesen Übersetzungen, die ja auch ihren Weg in Zeitungen und Radionachrichten fanden, eine erste – noch ganz bescheidene – Popularisierung des Terminus „Völkermord“ im Deutschen stattfand. Dabei ist aber zu beachten, dass die Berichterstattung in deutschen und österreichischen Medien auf ganz andere Aspekte des Nürnberger Prozesses, wie beispielsweise das Verhalten der Angeklagten im Gerichtssaal, fokussiert war und für den Genozid an der jüdischen Bevölkerung noch jahrzehntelang – auch bei jüdischen Autoren – der nationalsozialistische Begriff der „Endlösung“ in Gebrauch war.

Bemerkenswert ist, dass es die britischen und sowjetischen Anklagevertreter waren, die die Auseinandersetzung mit der Verteidigung um den Tatbestand des Genozids führten, und nicht jene der USA, deren Team Rafał Lemkin als Berater angehörte.

In weiterer Folge waren es aber gerade die Vereinigten Staaten von Amerika, wo die politische Anwendbarkeit des Begriffs „genocide“ auch außerhalb der juristischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Massenvernichtungsverbrechen getestet wurde. Die vom „Civil Rights Congress“ am 17. Dezember 1951 der UNO übergebene umfangreiche Petition „We Charge Genocide“¹⁸ ist für das Thema des vorliegenden Aufsatzes – die Frage der Terminologie – insofern von Bedeutung, als ein Ostberliner Verlag 1953 eine deutsche Ausgabe herausbrachte¹⁹. Aus unbekanntem

¹⁶ A.a.O., Bd. XX, S. 21.

¹⁷ A.a.O., Bd. XXII, S. 367.

¹⁸ Nachdruck: *We Charge Genocide. The Historic Petition to the United Nations for Relief from a Crime of the United States Government against the Negro People*, Hrsg. Civil Rights Congress, New York 1970.

¹⁹ *Rassenmord! Wie klagen an! Petition an die Vereinten Nationen zum Schutze der Negerbevölkerung in den Vereinigten Staaten von Amerika*. New York 1951, Hrsg. Kongreß für Bürgerliche Rechte, Berlin 1953.

Gründen hielt der DDR-Übersetzer²⁰ an der ursprünglich vom Übersetzungsbüro des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals gewählten Wortwahl von „Massenmord“ für „genocide“ fest, setzte aber im Buchtitel sowie an zahlreichen Stellen im Text selbst hierfür den neu geprägten Terminus „Rassenmord“. In einer ausführlichen Anmerkung am Ende des Buches wird dies erläutert: „Im Verlaufe des Textes wird Genocide, soweit es als Sammelbegriff gedacht ist, mit Massenmord, soweit es sich um die Verbrechen an der Negerbevölkerung Amerikas handelt, also um die Verbrechen an einer Minderheitengruppe gleicher rassischer Herkunft, mit Rassenmord bzw. Rassenverbrechen übersetzt“²¹.

Selbstverständlich war auch den ostdeutschen Übersetzern bekannt, dass das Übersetzungsbüro des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals „genocide“ durchgehend – mit der erwähnten Ausnahme der Anklageschrift – mit „Völkermord“ übersetzt hatte. Dass der Begriff im Buch dennoch mit „Massenmord“ übersetzt wurde, lag möglicherweise an der in den damaligen DDR-Medien anzutreffenden eigentümliche Verwendung des Begriffs „Völkermord“. Im offiziellen DDR-Sprachgebrauch wurde „Völkermord“ lange Zeit nur im Sinne von Gemetzeln zwischen den Völkern verwendet – im Unterschied zum „Brudermord“ innerhalb eines Volkes. Dementsprechend wurde das „Völkermorden“ (ebenfalls ein Neologismus) auch ganz allgemein im Sinne von Kriegsgräueln, die ja stets das „einfache Volk“ am schlimmsten treffen, gebraucht. Erst im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg, in dem die DDR nicht nur für die Befreiungsbewegung Partei ergriff, sondern auch deren Terminologie übernahm, setzte sich ab Anfang der 1960er Jahre auch im Leitmedium „Neues Deutschland“ eine andere Verwendung des Begriffs durch – „Völkermord“ wurde nunmehr im Sinne des systematischen Entzugs der Existenzgrundlagen der unterworfenen Bevölkerung bis hin zu Massentötungen gebraucht²².

Allerdings ist festzuhalten, dass bereits ein Jahr nach dem Erscheinen des Buchs „Rassenmord!“ die Redaktion des in hoher Auflage

²⁰ Im Buch wird ein Dr. Stürmer genannt, dessen Text aber nur die „Grundlage“ für die Publikation geliefert habe. Dass in den Text auch politisch eingegriffen wurde, machen mehrere kleine Auslassungen und Abweichungen Vergleich zum amerikanischen Original deutlich. Das betraf sowohl Hinweise auf Vorgänge, die für das Verständnis des Textes irrelevant waren, aber eine umfangreiche Erläuterung erfordern hätten oder politisch nicht erwünscht waren (wie etwa die Erwähnung des ungarischen Kardinal József Mindszenty, *We Charge Genocide...*, S. 51), als auch Begriffe, die im Deutschen noch nicht eingeführt waren, wie z.B. „holocaust“ (A.a.O., S. XV), den der Übersetzer mit „Gemetzeln“ (*Rassenmord...*, S. 19) wiedergibt.

²¹ *Rassenmord...*, S. 296.

²² Beispiele hierfür in: W.R. Garscha, *Wie der „Völkermord“...*, S. 19.

verbreiteten Fremdwörterbuchs des Bibliographischen Instituts Leipzig keinerlei terminologischen Probleme mit einer präzisen, an der UNO-Konvention orientierten Eingrenzung des Begriffs „Genozid“ und seiner Wiedergabe mit „Völkermord“ sah: „Genozid, das (-[e]s, Plur -e od ..dien [...ien]): Völkermord, völlige od. teilweise Ausrottung von Menschengruppen nach rassischen, politischen, religiösen od. anderen Gesichtspunkten <lat>“²³.

In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich der Begriff „Völkermord“ ein halbes Jahrzehnt früher durch. Am 9. August 1954 ratifizierte der Deutsche Bundestag die „Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide“²⁴ und nahm den Tatbestand als § 220a in das Strafgesetzbuch auf²⁵. Zwar hätte man bei der Übersetzung der UNO-Konvention noch zu dem damals in der rechtswissenschaftlichen Literatur²⁶ gebräuchlichen Terminus „Genocidium“ Zuflucht nehmen können, doch erforderte die gleichzeitige Änderung des deutschen Strafgesetzbuchs einen allgemeinverständlichen Begriff für das nunmehr unter Strafe gestellte Verbrechen – als Bezeichnung wählte das Bundesministerium der Justiz „Völkermord“.

Dass die Bundesrepublik Deutschland als Nicht-Mitglied der Vereinten Nationen der Konvention beiträt, war unter anderem dem unermüdlichen Wirken Rafał Lemkins zu verdanken, der, nebenbei bemerkt, damals wenig Skrupel bei der Wahl seiner Verbündeten hatte. So hatte er die damals noch ziemlich einflussreichen so genannten Vertriebenenverbände von der Instrumentalisierbarkeit der Konvention in ihrem Sinne überzeugt²⁷.

²³ *Fremdwörterbuch*, Leipzig 1954, S. 213.

²⁴ „Bundesgesetzblatt“ 1954, Teil II, Nr. 15. Der Anhang zum „Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu der Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ enthielt neben dem englischen und französischen Originaltext auch eine deutsche Übersetzung, die vom österreichischen Gesetzgeber wörtlich übernommen wurde, als die Republik Österreich am 27. Februar 1958 der Konvention beiträt („Bundesgesetzblatt“ 1958, Nr. 91).

²⁵ § 220a stellte Handlungen unter Strafe, die in der „Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“, er wurde 2002 durch die Einführung des Völkerstrafgesetzbuchs aufgehoben. § 6 VStGB ersetzte den an die NS-Terminologie gemahnenden Begriff „durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe“ durch „ethnische Gruppe“.

²⁶ Vgl. beispielsweise: H.-H. Jescheck, *Die internationale Genocidium-Konvention vom 9. Dezember 1948 und die Lehre vom Völkerstrafrecht*, „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“ 1954, Heft 2, S. 193–217.

²⁷ R. Huhle, *Von Nürnberg nach Frankfurt? Fritz Bauer und die internationale Straffjustiz*, „Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts“ 2013, Bd. 10, S. 34–41 (S. 40), unter Berufung

Das Wort „Genocidium“ wurde fallweise in den Rechtswissenschaften weiterverwendet, allerdings meist in Kombination mit dem deutschen Begriff „Völkermord“. So verfasste Fritz Bauer, der als Generalstaatsanwalt von Frankfurt/Main damals gerade im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess die Anklage vertrat, 1966 für die Neuausgabe des „Handwörterbuchs der Kriminologie“ einen umfangreichen Eintrag zum Begriff „Genocidium (Völkermord)“²⁸.

Das oben zitierte Beispiel des Russischen zeigt die in den meisten Sprachen feststellbare Tendenz, schwerfällige Begriffe („Vernichtung von Völkern“) durch einfachere Neologismen zu ersetzen, auch wenn diese aus fremden Sprachen übernommen werden müssen; in diesem Fall durch „Genozid“. Die Mehrheit der europäischen Sprachen verwendet Termini, die von dem durch Rafał Lemkin geprägten Terminus „genocide“ abgeleitet wurden: genocid, genocida, genocidas, génocide, genocidi, genocidio, genocídio, genocíds, genotsiid, gjenocidi.

Doch gerade Lemkins Muttersprache, das Polnische, erlaubt – wie auch das Deutsche – Wortfügungen, mit denen allgemeinverständliche neue Begriffe geprägt werden können. Die Verbindung von „lud“ („Volk“ im Sinne der in einem Land lebenden Menschen) und „zabójstwo“ („Mord“) zu „ludobójstwo“ ist so ein Begriff, der noch dazu bereits vorhandenen Wortbildungen nach demselben Muster folgen konnte: „bratobójstwo“ (Brudermord), „dzieciobójstwo w Betlejem“ (bethlehemitischer Kindermord).

Dieselbe Methode findet sich bei der Übersetzung des Begriffs ins Dänische, Deutsche, Finnische, Jiddische, Norwegische, Schwedische und Ungarische, wobei für den zweiten Wortbestandteil mitunter statt „Mord“ Begriffe wie „Tötung“ (dänisch „drab“) oder „Massaker“ (ungarisch „irtás“) verwendet werden: folkedrab, Völkermord, kansanmurha, felkermard, volkerenmoord, folkmord, folkemord, népirtás.

Diese terminologischen Fragen wurden, wie am deutschen Beispiel gezeigt, ab dem Zeitpunkt relevant, zu dem die Implementierung der Genozidkonvention der Vereinten Nationen in nationales Recht erfolgte. In einem einzigen Land, nämlich in Polen, fand das Verbrechen des Völkermords Eingang in den juristischen Diskurs (in einem Fall sogar in die Judikatur),

auf: P.C. Campbell, §220a StGB. *Der richtige Weg zur Verhütung und Bestrafung von Genozid?*, Frankfurt am Main 1986.

²⁸ F. Bauer, *Genocidium (Völkermord)*, [in:] R. Sieverts, A. Elster, H. Lingemann (Hrsg.), *Handwörterbuch der Kriminologie*. Bd. 1. *Aberglaube–Kriminalbiologie*, Berlin–New York 1966, S. 268–274. Wiederveröffentlicht in: *Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts*. Bd. 5, Hrsg. J. Perels, I. Wojak, Frankfurt–New York 1998, S. 61–75.

noch bevor es zu einem Straftatbestand nach internationalem Recht wurde. Dieser Fall war das Urteil gegen den „Völkermörder“ Amon Leopold Göth.

Wie weiter unten ausführlich dargestellt, folgte das Oberste Volkstribunal im Krakauer Prozess der Charakterisierung der von Göth verübten Verbrechen als „Völkermord“ in der Anklageschrift und verurteilte Göth wegen „Völkermordes“. Demgegenüber beschränkte sich das Kreisgericht Łódź im Urteil vom 30. April 1947 gegen den Leiter der Ghettoverwaltung Litzmannstadt, Hans Biebow, auf Tatbestände des polnischen Strafgesetzbuchs und des Augustdekrets von 1944 über die Bestrafung von NS- und Kollaborationsverbrechen, obwohl die Staatsanwaltschaft die Hans Biebow vorgeworfenen Verbrechen als „Völkermord“ charakterisierte. In der von 21. Juni bis 7. Juli 1946 in Poznań/Posen geführten Gerichtsverhandlung gegen den Reichsstatthalter des „Warthegaues“, Arthur Greiser – dies war der erste der sieben Prozesse vor dem Obersten Volkstribunal – charakterisierten sowohl Anklagebehörde als auch Gerichtshof die Straftaten des Angeklagten als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit/Menschheit“ („zbrodnia przeciwko ludzkości“)²⁹.

Die von 27. August bis 5. September 1946 in Krakau geführte Gerichtsverhandlung gegen den Kommandanten des KZ Plaszow, Amon Göth, begann nur wenige Wochen nach dem Urteil gegen Arthur Greiser. Das Todesurteil an Göth wurde am 13. September vollstreckt, d.h. noch vor der Urteilsverkündung im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Der Krakauer Prozess ist das weltweit erste Gerichtsverfahren, in dem der Straftatbestand des Völkermordes ein zentraler Verhandlungsgegenstand war. Von besonderer Bedeutung ist der Prozess auch deshalb, weil mit der umfangreichen Publikation der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission nicht nur das Wortprotokoll der Hauptverhandlung vorliegt, sondern auch Stellungnahmen der Staatsanwaltschaft, die die Verwendung des Terminus „Völkermord“ erläuterten. Außerdem druckten die Herausgeber im Anhang Pressekommentare ab, in denen namhafte Persönlichkeiten auf genau diese Besonderheit des Prozesses eingingen – unter ihnen der Soziologe Stanisław Kosiński, der die Prozessdokumente für die Publikation aufbereitete, und Józef (Joseph) Wulf, der später, gemeinsam mit Léon Poliakov, einige der ersten Dokumentensammlungen zu den Verbrechen Hitler-Deutschlands publizierte. Während der Begriff des Völkermordes in Nürnberg – wie dargestellt – zwar in

²⁹ W. Kulesza, *Der Beitrag der polnischen Nachkriegsjustiz zum europäischen Rechtskulturerbe am Beispiel zweier Prozesse wegen der Massenmorde im Warthegau (Posen, Kulmhof)*, [in:] C. Kuretsidis-Haider, W.R. Garscha (Hrsg.), *Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg. Transitional Justice 1945 bis heute: Strafverfahren und ihre Quellen*, Graz 2010, S. 115–129 (S. 125, 129).

der Anklageschrift, wenngleich eher nebenbei, erwähnt wurde, im Urteil dann aber fehlte, hat das Krakauer Verfahren diesen Straftatbestand erstmals juristisch fundiert im Rechtssystem eines Landes verankert. Die Legitimität seiner Vorgangsweise bezog der Gerichtshof aus der Anklageschrift des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg.

In seinem Vorwort zur Buch-Ausgabe der Prozessdokumente wies Stanisław Kosiński darauf hin, dass die besondere Bedeutung des Prozesses gerade in der Verhandlung über den Straftatbestand des Völkermordes bestehe. Schon im Eingangsstatement hielt Staatsanwalt Mieczysław Siewierski fest, dass sich die Anklagebehörde die umfassende Darstellung des „völkermörderischen Systems“ („systemu ludobójczego“) der nationalsozialistischen Besatzungsorgane zur Aufgabe gestellt habe³⁰.

Staatsanwalt Tadeusz Cyprian betonte, dass dieser Prozess international der erste unmittelbare Völkermord-Prozess sei, in dem die deutschen Methoden zur Vernichtung ganzer Völker verhandelt werden. Für Cyprian bildete der Völkermord einen Bestandteil des übergeordneten Komplexes „Humanitätsverbrechen“. Das neue System des internationalen Rechtes, zu dem dieser Prozess beitragen sollte, werde künftig das „*crimen laesae humanitatis*“ als ein Verbrechen definieren, vor dem das Gewissen jedes Menschen ohne Ansehen der Nationalität, der Religion oder der Rasse erzittern werde. „Das ist auch das Ziel und die Aufgabe des gegenwärtigen Prozesses“³¹.

Im Schlussplädoyer räumte Staatsanwalt Siewierski ein, dass der Völkermord als Straftat etwas völlig Neues sei.

Der Vater des Völkermordes ist der Hitlerismus in dem Sinne, dass er seinen älteren Bruder, den italienischen Faschismus, in der Kühnheit des Denkens und Handelns überholt hat. Die Mutter des Völkermordes ist die seit Jahrhunderten kultivierte deutsche Idee des Imperialismus, die auf unserem Boden mit dem ‚Drang nach Osten‘ zum Ausdruck gekommen ist. Wächterinnen dieses Völkermordes sind die preußische Rücksichtslosigkeit und Hoffart³².

Der Völkermord könne nur dann verwirklicht werden, wenn es eine präzise agierende Organisation gebe. Ebenso müsse es die Pionierarbeit von Einzelpersonen geben: „Es muss in diesen Organisationen Menschen vom Schlag des Angeklagten Göth geben“. Amon Göth sei einer jener willigen Ausführenden gewesen, die es zur Realisierung des Verbrechens brauche – deshalb werde er als Völkermörder angeklagt.

³⁰ *Proces...*, S. 12.

³¹ A.a.O., S. 18.

³² A.a.O., S. 384.

Der Völkermord ist kein Mord wie jeder andere. Er ist nicht ein Mord an sich. Er hat ein bestimmtes Ziel. Der Völkermord in der hitlerischen Fassung diente der Ausweitung der deutschen Herrschaft über die ganze Welt. Das war die politische Seite des Völkermordes, aber in den Reihen dieser Völkermörder gab es einzelne Personen, für welche diese Beschäftigung zu etwas sehr Angenehmem wurde, zu etwas, das sie wie eine Art Sport ausübten. Der Angeklagte Göth war ein derartiger Sportverbrecher³³.

Das Urteil vom 5. September bezog sich auf die Tatsache, dass der Angeklagte als Mitglied der Waffen-SS vom 5. März 1940 bis 13. September 1944 auf dem Gebiet der Republik Polen einer verbrecherischen Organisation angehörte,

die sich unter der Führung von Adolf Hitler das Ziel setzte, durch Gewalt, die Führung von Angriffskriegen und andere Verbrechen – unter welchen die Völkermord an Polen und Juden eine wichtige Rolle spielten – die Erringung der Weltherrschaft und die Einführung der nationalsozialistischen Ordnung zu erreichen, wobei der Angeklagte Amon Göth persönlich beschuldigt wird, Verhaftungen und Verhöre durchgeführt, Einzelpersonen und ganze Gruppen von Menschen persönlich ermordet und gefoltert zu haben³⁴.

In der Urteilsbegründung wurden bei der Aufzählung der Merkmale des Völkermordes nicht nur die Vernichtung in biologischem Sinne, sondern auch die kulturelle Auslöschung („Zagłada“³⁵) genannt.

Am siebenten und letzten Tag der Hauptverhandlung, dem 3. September 1946, veröffentlichte der bereits genannte Stanisław Kosiński in der Tageszeitung „Dziennik Polski“ unter dem Titel „Gerechtigkeit, nicht Rache“ einen Kommentar, in dem er hervorhob, dass Göth „einer jener Lagerkommandanten der jüdischen Lager [war], die in beispiellos rücksichtsloser Weise in großem Umfang den verbrecherischen Plan der Politik Hitlers umsetzten“; dazu habe er „die Massenmorde entweder persönlich oder durch seine Untergebenen“ organisiert. „Solcherart beging er Verbrechen, welche die heutige Rechtsauffassung mit einem neuen Namen bezeichnet, als >Völkermord<“³⁶.

Die Krakauer Wochenzeitschrift „Przekrój“ stellte die Frage, ob mit einem Prozess vor dem Obersten Volkstribunal nicht „einem gewöhnlichen Henker zu viel der Ehre erwiesen“ worden sei. Der Autor des Beitrags „Amon Göth vor Gericht“, Juliusz Kydryński, verneinte das mit dem Hinweis darauf, dass es sich um den ersten Prozess handle, der

³³ A.a.O., S. 384–385.

³⁴ A.a.O., S. 469.

³⁵ A.a.O., S. 471. Der Begriff wird heute in Polen fast ausschließlich als Synonym für die Shoah verwendet.

³⁶ Abgedruckt in: A.a.O., S. 494.

unmittelbar wegen Völkermordes geführt wurde. Damit sei er „präzedenzlos in der Kulturgeschichte“³⁷.

Mit der Verankerung des Begriffs „ludobójstwo“ im sowohl juristischen als auch politischen Sprachgebrauch des eigenen Landes haben polnische Juristen, aber auch Zeitungskommentatoren, die zu seiner Popularisierung beigetragen haben, noch vor der Verabschiedung der UNO-Konvention 1948 einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, den von einem – ebenfalls polnischen – Wissenschaftler geprägten Begriff des Genozids für den „Tagesgebrauch“ handhabbar und damit auch außerhalb der akademischen Jurisprudenz diskursfähig zu machen.

Literatur

- Bauer F., *Genocidium (Völkermord)*, [in:] R. Sieverts, A. Elster, H. Lingemann (Hrsg.) *Handwörterbuch der Kriminologie. Bd. 1. Aberglaube–Kriminalbiologie*, Berlin–New York 1966.
- Campbell P.C., §220a StGB. *Der richtige Weg zur Verhütung und Bestrafung von Genozid?*, Frankfurt am Main 1986.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg. 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947–1949.*
- Die Humanität der Rechtsordnung. Ausgewählte Schriften. Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts. Bd. 5*, Hrsg. J. Perels, I. Wojak, Frankfurt–New York 1998.
- Fremdwörterbuch*, Leipzig 1954.
- Garscha W.R., *Massenmord – Völkermord – „Rassenmord“*. *Die Normalität von Staatsverbrechen und die Besonderheit der Schoah*, [in:] C. Kuretsidis-Haider, M. Mugraurer (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert*, Innsbruck–Wien–Bozen 2013.
- Garscha W.R., *Wie der „Völkermord“ in die deutsche Sprache kam*, „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ 2013, Heft 4.
- Huhle R., *Von Nürnberg nach Frankfurt? Fritz Bauer und die internationale Strafrechtswissenschaft*, „Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts“ 2013, Bd. 10.
- Jescheck H.-H., *Die internationale Genocidium-Konvention vom 9. Dezember 1948 und die Lehre vom Völkerstrafrecht*, „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“ 1954, Heft 2.
- Kulesza W., *Der Beitrag der polnischen Nachkriegsjustiz zum europäischen Rechtskulturerbe am Beispiel zweier Prozesse wegen der Massenmorde im Warthegau (Posen,*

³⁷ J. Kydryński, *Amon Goeth przed sądem*, „Przekrój“ 1946, Heft 74. Abgedruckt in: A.a.O., S. 509.

Kulmhof), [in:] C. Kuretsidis-Haider, W.R. Garscha (Hrsg.), *Gerechtigkeit nach Diktatur und Krieg. Transitional Justice 1945 bis heute: Strafverfahren und ihre Quellen*, Graz 2010.

Kydryński J., *Amon Goeth przed sądem*, „Przekrój“ 1946, Heft 74.

Lemkin R., *Akte der Barbarei und des Vandalismus als delicta juris gentium*, „Internationales Anwaltsblatt“ 1933, Heft 6.

Lemkin R., *Axis Rule in Occupied Europe. Laws of Occupation – Analysis of Government – Proposals for Redress*, Washington 1944.

Lemkin R., *Les actes constituant un danger général (interétatique) considérés comme délits de droit des gens*, [in:] L. Jiménez de Asúa, V. Pella, M. López-Rey Arrojo (Hrsg.), *Actes de la cinquième conférence pour l'unification du droit pénal*, Madrid, 14–20 octobre 1933, „Librairie de la Cour d'Appel et de l'Ordre des Avocats“, Paris 1935.

Proces ludobójcy Amona Leopolda Goetha przed Najwyższym Trybunałem Narodowym [Prozess gegen den Völkermörder Amon Leopold Göth vor dem Obersten Volkstribunal], Hrsg. Centralna Żydowska Komisja Historyczna przy Centralnym Komitecie Żydów w Polsce, „Wydawnictwa Centralnej Żydowskiej Komisji Historycznej w Polsce“, Bd. 35, Kraków–Łódź–Warszawa 1947.

Rassenmord! Wie klagen an! Petition an die Vereinten Nationen zum Schutze der Negerbevölkerung in den Vereinigten Staaten von Amerika. New York 1951, Hrsg. Kongreß für Bürgerliche Rechte, Berlin 1953.

Schabas W.A., *Genozid im Völkerrecht*, Hamburg 2003.

Scheck R., *Raphaël Lemkin's Derivation of Genocide from His Analysis of Nazi-Occupied Europe*, „Genocide Studies and Prevention: An International Journal“ 2019, Heft 1.

Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal. Nuremberg 14 November 1945 – 1 October 1946, vol. I, Nuremberg 1947–1949.

We Charge Genocide. The historic Petition to the United Nations for Relief from a Crime of the United States Government against the Negro People, Hrsg. Civil Rights Congress, New York 1970.

Gesetze

Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide/Convention pour la prévention et la répression du crime du genocide, [in:] United Nations (Hrsg.), Treaty Series. Treaties and international agreements registered or filed and recorded with the secretariat of the United Nations. Bd. 78, New York 1951.

Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, Bundesgesetzblatt 1954, Teil II, Nr. 15.

Resolution 260 (III) A, [in:] United Nations (Hrsg.), Official Records of the General Assembly, Third Session, part I: 21 September – 12 December 1948, Resolutions, Doc. A/810, Paris 1948.

Resolution 96 (I), [in:] United Nations (Hrsg.), Resolutions Adopted by the General Assembly during its First Session, Fifty Fifth Plenary Meeting, London–New York 1946.

Internetquellen

<http://www.fullhistoria.ru/istoria-826.html> (letzter Zugriff: 29.12.2019).

<http://www.fullhistoria.ru/istorias-833-1.html> (letzter Zugriff: 29.12.2019).

<https://web.archive.org/web/20181110203259/http://www.preventgenocide.org/de/lemkin/anwaltsblatt1933.htm> (letzter Zugriff: 29.12.2019).

<https://web.archive.org/web/20181112035120/http://www.preventgenocide.org/fr/lemkin/madrid1933.htm> (letzter Zugriff: 29.12.2019).